

Friede, Freude, Krieg

Verstoß gegen Zivilklausel: Kooperation der Hochschule Bremen mit der Bundeswehr

Von Ralf Wurzbacher



Nachwuchswerbung der Bundeswehr: Messestand auf der »academix Thüringen« im Dezember 2015

Foto: Martin Schutt/ZB-FUNKREGIO OST/dpa-Bildfunk

Die Bundeswehr führt Krieg, zum Beispiel in Syrien oder Irak. Das sehen nicht alle so, schließlich sind die deutschen »Tornados« ja nur auf »Aufklärungsmission«. Das Bomben und Töten erledigen andere. An der Hochschule Bremen (HSB) finanziert die Truppe demnächst einen Studiengang mit und besetzt einen Teil der Plätze selbst. Gegner dieser Zusammenarbeit meinen, darin einen eindeutigen Verstoß gegen die Zivilklausel im Landeshochschulgesetz zu erkennen. Diese verlangt, dass »Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedlichen Zwecken« dienen sollen. Kein Problem, meinte HSB-Sprecher Ulrich Berlin gegenüber dem *Weserkurier* vom Dienstag. Die künftigen Absolventen landeten später alle in der Verwaltung. Soll heißen: alles Friede, Freude, Eierkuchen. So einfach ist das.

Im März hatte der akademische Senat der Hochschule beschlossen, zum kommenden Wintersemester zusätzliche duale Studienplätze im Fach Fraueninformatik einzurichten. Dieses existiert schon seit vielen Jahren. Neu ist, dass von in Zukunft 38 Studentinnen neun direkt durch die deutsche Armee entsandt werden. Im Gegenzug beteiligt diese sich an den administrativen Kosten des Studiengangs. Weiter soll der Einfluss aber nicht reichen, versichern die Verantwortlichen. »Für die Inhalte sind wir an der Hochschule zuständig«, ließ Sprecher Berlin in der örtlichen Presse wissen. Die gleiche Auffassung vertritt auch der SPD-geführte Bremer Wissenschaftssenat.

Solchen Beteuerungen schenkt Miriam Strunge von der Fraktion Die Linke in der Bremer Bürgerschaft keinen Glauben. Sie ist überzeugt, dass der Auftraggeber auch auf die Ausrichtung des Studiengangs einwirken werde, schon weil der für vorgehaltene Plätze bezahle. Die Linke fordert den Abbruch der Kooperation und Einblick in die Verträge. Der Studiengang habe angesichts der »zunehmenden Digitalisierung von Kriegseinsätzen« einen »klaren militärischen Charakter«, gab Strunge in einer Pressemitteilung zu bedenken. Dazu komme, dass das duale Studium eingebettet sei in die militärische Ausbildung während einer zwölfjährigen Offizierslaufbahn »mit der Bereitschaft zu Auslandseinsätzen«.

Eine gesetzlich verankerte Zivilklausel gibt es in der Hansestadt erst seit einem Jahr. Lange Zeit vorher aber hatten die Landeshochschulen bereits entsprechende Regelungen in ihren Satzungen festgehalten. Vorreiter – auch bundesweit – war 1986 die Universität Bremen. Gegen das Reglement der Klausel wurde allerdings wiederholt verstoßen. Für Schlagzeilen sorgte eine durch das Rüstungsunternehmen OHB-System AG gesponserte Stiftungsprofessur an der Bremer Uni. Auch das US-Pentagon ließ dort für sich forschen, wie Ende 2013 enthüllt wurde.

Aus Protest gegen den HSB-Deal haben Mitte dieser Woche Studierende eine Sitzung des akademischen Senats »gestürmt« und dabei zum Teil in Tarnuniform auf den Tischen getanz. In einer Stellungnahme beklagt der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) eine »klare Missachtung und Täuschung der Mitbestimmungsgremien der Hochschule«. Der Vorsitzende Timm von Bodecker weist darin auf ein Gutachten des zuständigen Fakultätsrat hin. Die Prüfung durch das Gremium hatte ergeben, dass eine Zusammenarbeit mit der Armee »auf eine militärische Nutzung« ziele und deshalb »gemäß der Zivilklausel derzeit nicht zulässig«